

**Überweisung des Antrages ÄA.1.27 an den Landesvorstand
Vorschläge zur Weiterführung der Diskussion der Wirtschaftspolitischen
Leitlinien auf allen Ebenen der Partei**

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 27. September 2013

Beschlüsse:

1. Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beauftragt die Landesgeschäftsführerin mit den EinreicherInnen Kontakt aufzunehmen, um konkrete Punkte zu vereinbaren, wie ihr Ansinnen im Rahmen der weiteren Diskussion der Wirtschaftspolitischen Leitlinien umsetzbar ist.
2. Weiterhin wird die Steuerungsgruppe Dialog für Sachsen gebeten, Vorschläge aufzunehmen und wenn möglich in die Umsetzung beim BürgerInnen- und Fachdialog mit einfließen zu lassen.
3. Die Arbeitsbeziehung des Landesvorstandes zum landesweiten Zusammenschluss linker UnternehmerInnen wird erneuert.

Politische Botschaft:

**Maßnahmen der
Öffentlichkeitsarbeit:**

Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Den Beschluss sollen erhalten:

Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Einvernehmlich beschlossen.

f.d.R.

Dresden, den 27. September 2013



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Bemerkungen:

Beschluss des 9. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen vom 31. August 2013 in Dresden
zur Überweisung des Änderungsantrages ÄA.1.27. an den Landesvorstand:

Der Landesparteitag möge folgende Vorschläge zur Weiterführung der Diskussion der Wirtschaftspolitischen Leitlinien auf allen Ebenen der Partei beschließen:

1. Position der Linken zu Unternehmen, Unternehmern, insbesondere KMU

DIE LINKE sollte ihr Verhältnis zu den Unternehmen definieren. Der Unternehmer ist nicht nur als Kapitalist zu sehen, der sich Mehrwert aneignet und Menschen ausbeutet. Vielmehr sind Unternehmen, die gewinnorientiert arbeiten, diejenigen, die Reichtum schaffen und die vor allem für Steuer-einnahmen sorgen. Ohne diese wären alle Ziele, die in den wirtschaftspolitischen Leitlinien formuliert sind, nicht durchzusetzen. Wer für soziale Gerechtigkeit sorgen will, wer den Reichtum gerechter verteilen will, allen ein würdiges Leben ermöglichen will - braucht Geld. Wo soll das herkommen außer von den Unternehmen? Selbstverständlich sind Wirtschaftskriminalität, Verstöße oder das Umgehen von Gesetzen, Lohndumping, also alle Auswüchse, die es ja gibt, zu verurteilen und zu bekämpfen. DIE LINKE sollte aber nicht den Fehler machen, und das passiert leider zu häufig, die Unternehmen als Ganzes pauschal zu verurteilen. Insbesondere sind KMU und Selbständige nicht als Feind zu sehen, sondern sind im Gegenteil zu stärken.

2. Definition Wirtschaftswachstum

Was ist Wirtschaftswachstum? Ist es ausschließlich das Streben nach mehr, teureren Produkten? Ist es in jedem Fall richtig, neue Möglichkeiten und Formen des Konsums zu schaffen? Ist nicht das Streben nach einer gewissen Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit auch Wachstum? Muss es alle 5 Jahre ein neuer Fernseher sein? Muss ich, wenn der Drucker kaputt ist, gleich einen neuen kaufen? Was ist mit Lebensmitteln, die produziert und dann weggeworfen werden? Die Orientierung wieder mehr auf Langlebigkeit von Produkten, Reparatur anstatt wegzuwerfen, Wartungsservice, um Produkte länger benutzen zu können, wäre aus unserer Sicht ein richtiger Weg, um vor allem KMU zu stärken. Unsere natürlichen Ressourcen sind begrenzt. Dem sollte man Rechnung tragen. Wir müssen weg von der Wegwerfgesellschaft.

3. Zur Energiepolitik

Ja zu erneuerbaren Energien, aber die Gesamtproblematik betrachten.

Es erfordert eine solide, kontinuierliche Energiepolitik, die mit der Bevölkerung zu gestalten ist. Man muss sagen, wie man etwas will, und nicht nur, wie man es nicht will. Kernenergie wollen alle nicht, Braunkohlentagebaue auch nicht, zumindest keine neuen mit Abriss von Ortschaften. Windräder auf dem Erzgebirgskamm auch nicht, ganz zu schweigen davon dass sowieso nicht immer Wind weht und die Sonne scheint. Hier erscheint uns etwa der Einsatz eines Gremiums aus Fachleuten, nicht aus Politikern, sinnvoll. Und: die Energiewende muss sozial verträglich und gerecht gestaltet werden. Wie viele Unternehmen sind aus welchen Gründen auch immer von der EEG-Umlage befreit?